
Chancen und Risiken der sowjetischen Perestrojka im Lichte der tschechoslowakischen Erfahrungen aus den sechziger Jahren

Ota Šik

Entstehung der tschechoslowakischen Reformbewegung

Einer der wesentlichsten Unterschiede zwischen der Entstehung der tschechoslowakischen Reformentwicklung aus dem Jahre 1968 und der gegenwärtigen sowjetischen Perestrojka ist die Tatsache, daß in der ČSSR die Ökonomen und auch andere Gesellschaftswissenschaftler sich viel früher von den ideologischen Dogmen und unrealistischen sozialistischen Theorien zu befreien begannen als in der UdSSR – viel früher in absolutem und noch mehr in relativem Sinne (im Verhältnis zur Dauer des sozialistischen Systems). Gleichzeitig damit begann die Ausarbeitung von Reformtheorien in der ČSSR nicht nur früher, sondern diese erreichten auch eine größere Tiefe und Komplexität. Dies hat zwei entscheidende Gründe:

1. Die Tschechoslowakei war vor dem Übergang zum Sozialismus ein wesentlich höher entwickeltes Land als das vorrevolutionäre Rußland, sowohl wirtschaftlich als auch kulturell. Das wirtschaftliche Niveau charakterisiert die Tatsache, daß die ČSSR vor dem Zweiten Weltkrieg zu den zehn industriell höchstentwickelten Ländern der Welt gehörte, mit einem dementsprechend hohen durchschnittlichen Lebensstandard der Bevölkerung. Die allgemeine Schulbildung entsprach der mitteleuropäischen Bildungsentwicklung. Das demokratische Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten hatte eine starke Tradition.

Demgegenüber war das zaristische Rußland ein unterentwickeltes Agrarland mit halbfeudalen Verhältnissen am Lande. Die Industrie

hatte einen wesentlich niedrigeren Anteil an der Wirtschaft als in der vorsozialistischen Tschechoslowakei. Dementsprechend war auch der Lebensstandard und das Bildungsniveau des Volkes im Durchschnitt niedriger.

Die sozialistische Revolution in der UdSSR führte zu einer Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses und zur schnellen Erweiterung der städtischen Bevölkerung. Im Bewußtsein eines großen Teiles der Bevölkerung wurde diese Entwicklung als starker Fortschritt gegenüber den vorrevolutionären Verhältnissen angesehen. Die sowjetische ökonomische Propaganda hob auch diesen Fortschritt am stärksten hervor. Der Übergang aus dem absolutistischen, zaristischen in das kommunistische Regime wurde vom Volk nicht als Verlust demokratischer Freiheiten verspürt.

Im Vergleich zur Sowjetunion hatte die sozialistische Entwicklung in der ČSSR zur Folge, daß der Großteil der Bevölkerung das Wachstum des Lebensstandards als zurückbleibend empfunden hat. Informationen über den wesentlich höheren und schneller steigenden Standard in jenen westlichen Ländern, mit welchen die Tschechoslowakei vor dem Kriege gleichlag, verbreiteten sich sehr schnell. Noch viel schmerzlicher wurde von den breitesten Bevölkerungsschichten der Verlust an demokratischen Freiheiten verspürt. Beides rief eine sich stark ausweitende innere Opposition im Volksbewußtsein gegen das kommunistische Regime hervor, was besonders von den Intellektuellen aufgenommen und weiter vorangetrieben wurde. Auch ein großer Teil der Ökonomen konnte sich in diesen Bedingungen schneller von der Stalinschen Theorie befreien.

2. In der Tschechoslowakei wurden kurz nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahre 1948, mit der Einführung des sowjetischen Wirtschaftsmodelles, grundlegende Änderungen der Produktionsstruktur und der Außenhandelsausrichtung durchgeführt. Die Schwerindustrie erfuhr auf Kosten der traditionellen Konsumgüterindustrie einen kolossalen Aufschwung, während die Konsumgüterindustrie in vielen Branchen darniederlag. In kürzester Zeit von 1950 bis 1954 wurde der Außenhandel mit dem kapitalistischen Westen von 68 Prozent auf 22 Prozent gesenkt und mit den sozialistischen Ländern, vorwiegend der UdSSR, umgekehrt angehoben.

Diese gewaltigen und so schnell durchgeführten Strukturänderungen haben alle jahrzehntelang gewachsenen Input-Output-Beziehungen der Industrie völlig zerrissen und diese ungenügend ersetzt. Es fehlte an allen Ecken und Enden an Rohstoffen, Halbfabrikaten, Energie, neuer Technik, und die Disproportionen in der Produktion wuchsen immens an. Die Produktionseffizienz sank in wenigen Jahren ungemein stark, und ein Überschuß an ungedeckter Kaufkraft erhöhte sich bereits in den ersten fünfziger Jahren so, daß im Jahre 1953 eine zweite Geldreform durchgeführt werden mußte. Aber gleich nach ihr lief die verdeckte Inflation weiter, da alle negativen Wirtschaftsprozesse sich verstärkten.

Die Wirtschaft der ČSSR kann ohne relativ breiten Außenhandel schwerlich existieren (ungefähr 22 Prozent des Nettoproduktes werden exportiert und importiert, gegenüber 6 Prozent in der UdSSR). Die Wirtschaftsmängel führten zu einem immer langsameren Wachstum der heimischen Konsumtion sowie zu ihrem immer stärkeren quantitativen und qualitativen Zurückbleiben hinter vergleichbaren westlichen Industriestaaten. Noch schwerwiegender waren die schnell wachsenden Verluste des tschechoslowakischen Außenhandels mit westlichen Ländern.

Sinkende terms of trade im Handel mit dem Westen entzogen der ČSSR von Jahr zu Jahr relativ mehr Güter, letztendlich auf Kosten der Konsumtion. Um einer schnell wachsenden Verschuldung zu entgehen, wurden in den letzten 20 Jahren die Importe administrativ gedrosselt, wodurch jedoch relativ immer weniger neue Technik ins Land kam, was die ČSSR aus eigener Kraft schon überhaupt nicht ersetzen kann. Damit wurden die Möglichkeiten eines Überganges zu einer intensiven und effektiveren Produktionsentwicklung immer mehr verringert, und das wirtschaftliche Zurückbleiben der ČSSR vergrößerte sich enorm. In meinem Buch „Wirtschaftssysteme“ (Heidelberg 1987) habe ich eine Menge von Fakten angeführt, die dieses riesige Zurückbleiben charakterisieren.

Schon kurz nach der Einführung des sowjetischen Planungssystems, in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, war die Wirtschaftsentwicklung in der ČSSR so bedrohlich, daß die Parteiführung sich 1958 zu einer Reorganisation der Planung durchgerungen hat. Diese war aber noch immer von den alten ideologischen Dogmen beherrscht und von einer bürokratischen, ministeriellen Kommission vorbereitet worden. Deshalb war sie völlig konfus, inkonsequent und sinnlos ausgerichtet. Sie hat keine Überwindung der Probleme gebracht, sondern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch immens vergrößert.

Die negativen Erfahrungen aus der Reorganisation waren für die tschechoslowakischen Ökonomen von großer Bedeutung. Es zeigte sich, daß halbherzige, inkonsequente Änderungen, bei welchen man versucht, das Planungssystem nur auszubessern, aber die dirigistischen Grundzüge dieses Systems beibehält, noch ärgere Widersprüche hervorrufen. Es entsteht keine wirkliche Selbständigkeit der Betriebe, und ihr Interesse konzentriert sich zwangsläufig nicht auf den Marktbedarf, sondern weiterhin auf die formelle Planerfüllung.

Schon im Jahre 1962 schitterte die ČSSR in eine große Wirtschaftskrise, welche die Parteiführung unter Novotný zwang, einen neuen Reformversuch zu starten. Die 1963 gegründete Reformkommission, zu deren Leiter ich ernannt wurde, bekam grünes Licht für weitergehende und konsequenter Reformvorschläge als im Jahre 1958. Der von uns ausgearbeitete Reformvorschlag konnte jedoch nach dem Sturz Chruschtschews Ende 1964 und dem beginnenden Widerstand des Breschnewregimes gegen alle Reformbewegungen, auch in der ČSSR, nicht realisiert werden. Der Sturz Novotnýs und der Prager Frühling sollten den Weg für grundlegende Reformen freimachen. Mit der

Niederwalzung des Prager Frühlings endeten jedoch alle Reformintentionen in der ČSSR.

Zum Unterschied von der Sowjetunion haben also die historisch entstandenen wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen in der ČSSR sowie die schwere Wirtschaftskrise am Anfang der sechziger Jahre zu einem viel früheren Abgang der Gesellschaftswissenschaftler von der dogmatischen Ideologie und zu der Entstehung von Reformvorstellungen geführt. Gleichzeitig hat die Wirtschaftsmisere und die Entwicklung einer starken politischen Opposition gegen das Novotný-regime dieses gezwungen, Wege zu einer Wirtschaftsreform zu suchen.

Die Entstehung der sowjetischen Reformbewegung

In der Sowjetunion hatte das Stalinsche Planungssystem in den fünfziger Jahren auch immer größere Effektivitätsverluste, Versorgungsschwierigkeiten und einen zusehends langsamer wachsenden Lebensstandard der Bevölkerung hervorgerufen. Besonders die Landwirtschaft bereitete der politischen Führung immer größere Probleme, da ihre Entwicklung nicht nur keine Verbesserung der Lebenslage, sondern in vielen Jahren und in immer breiteren Gegenden zur Verschlechterung der Lebensmittelversorgung des Volkes führte. Dies war der Anlaß für das Suchen von Reformen durch Chruschtschew seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre.

Allerdings war Chruschtschew ein sehr eigenwilliger Mensch, der glaubte, die Ursachen der wirtschaftlichen Mißerfolge selbst erkannt zu haben. Anders denkende Wissenschaftler zog er nicht zu Rate bzw. umgab sich nur mit solchen, die in seiner Richtung dachten. Außerdem gab es zu dieser Zeit in der UdSSR fast keinen Ökonomen, der die Grundvorstellungen des Stalinschen Planungssystems in Frage gestellt und die Wiedereinführung eines Marktmechanismus befürwortet hätte. Solche Ökonomen sind in der Stalinschen Ära ausgerottet worden, und soweit sie diese überlebten, konnten sie nicht mehr weiter wissenschaftlich arbeiten.

Für Chruschtschew war das Hauptübel in der Wirtschaft die riesige Bürokratie bzw. die bürokratischen Leitungsmethoden und der wuchernde bürokratische Apparat. Die Ursachen und das eigentliche Wesen dieser Bürokratisierung hat er aber nicht erkannt, und daher gingen auch alle seine Reformversuche in eine falsche Richtung. Seiner Ansicht nach war ein riesiger, zentraler bürokratischer Apparat von der eigentlichen Produktions- bzw. Wirtschaftstätigkeit zu weit entfernt, konnte die konkreten Bedürfnisse und Probleme dieser Tätigkeit nicht kennen, reagierte auf angehäuften Schwierigkeiten zu spät, schablonenhaft und ohne genügende Fachkenntnisse. Kurz zusammengefaßt lagen die Probleme für ihn in dem *ungenügenden Wissen* der Lenkungsorgane und in ihrer Losgetrenntheit von den Lenkungsobjekten, während er die unlösbaren Interessenwidersprüche innerhalb des Planungssystems völlig übersah.

Aufgrund dessen gingen fast alle seine Reformbemühungen in Richtung einer örtlichen Annäherung der Lenkungsorgane an die Produktionsstätten sowie einer Schaffung stärker spezialisierter Organe. Diese Reformen kann man daher etwas vereinfacht als Dezentralisierungsbemühungen bezeichnen. Solche Bemühungen entfernten sich jedoch in keinem Moment von den Vorstellungen einer volkswirtschaftlichen, dirigistischen Planung der Produktion, und Chruschtschew hatte nie im Sinne, einen Marktmechanismus einzuführen. Seine wichtigsten Reformschritte waren daher die Auflösung der zentralen Branchenministerien und die Schaffung regionaler Wirtschaftsräte.

Aber all diese Änderungen konnten keine wirtschaftlichen Erfolge bringen und vergrößerten im Gegenteil das Koordinationsproblem innerhalb der sowjetischen Volkswirtschaft ganz enorm. Die Betriebe, die industriellen und die landwirtschaftlichen, wurden nicht zu selbständigen Marktproduzenten. Sie erhielten weiterhin vom Planungsamt verbindliche Produktionsaufgaben, wobei die Ausbilanzierung von Input-Output-Beziehungen für das zentrale Planungsamt, ohne Branchenministerien und über die große Menge von regionalen Wirtschaftsräten, noch chaotischer als zuvor wurde. Die einzelnen Wirtschaftsräte waren weiterhin bürokratische Organe, die weder ein materielles Interesse noch eine materielle Verantwortung für die Gewinne bzw. Verluste der Betriebe trugen. Aber auch die Einkommen der Betriebe standen weder unter einem Wettbewerbsdruck noch hingen sie von Marktpreisen ab.

So wurde weiterhin nach einseitigen Produzenteninteressen, in Bedingungen eines Verkäufermarktes und administrierter Preise produziert. Den Produzenten ging es, wie zuvor, nur um eine formelle Erfüllung von globalen Wachstumsplänen, wovon ihre Entlohnungen abhängig waren. Die Disproportionen und Versorgungslücken vergrößerten sich.

Gleichzeitig hatte sich jedoch Chruschtschew mit seinen dauernden und erfolglosen Umorganisierungen die Feindschaft des bürokratischen Apparates und schließlich auch der Parteibürokratie eingehandelt, was ihn schließlich zu Fall brachte. Nach seinem Sturz wurden unter Breschnew alle Reformen rückgängig gemacht und die alte zentralisierte Organisation mit dem dirigistischen Planungssystem erneuert.

Die Wirtschaft bewegte sich daher weiter in bekannter Form, und die Effektivitätsverluste wurden beständig größer. Das Wachstum der Produktion wurde stets fiktiver, in dem Sinne, daß statistisch ausgedrückte Wachstumsangaben immer mehr durch verdeckte, offiziell nicht wahrgenommene Preissteigerungen erzielt wurden. Als dieses fiktive Wachstum schließlich auch die Rüstungsziele zu bedrohen begannen und eine zusätzliche Steigerung der Rüstung zu absoluten Senkungen des Lebensstandards der Bevölkerung führen mußte, setzte sich in der politischen Führung allmählich das Bewußtsein der Unhaltbarkeit des alten zentralistischen Planungssystems durch. Mit der Installierung Gorbatschows als Generalsekretär kam ein Mann an die

Spitze, der sich der Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Wirtschaftssystems bewußt ist.

Meiner Ansicht nach ist jedoch die sowjetische theoretische Begründung der Wirtschaftsreform nicht so tiefgehend wie einst in der ČSSR. Vor allem fehlt in der UdSSR die Begründung der notwendigen Existenz eines Marktmechanismus, auch in einer sozialistischen Wirtschaft. Zwar bewegen sich die konkreten Beschlüsse der „Perestrojka“ in Richtung einer Belebung des Marktmechanismus, aber einer ausdrücklichen Formulierung dieser Notwendigkeit weicht man aus.

Grundzüge der Reformabsichten in der ČSSR im Vergleich zu der UdSSR

Es sollen jetzt jene wichtigsten Maßnahmen dargestellt werden, mit welchen man einst gewillt war, das System in der ČSSR zu reformieren, und welche in ihrem Kern den heutigen sowjetischen Absichten sehr ähnlich sind, abgesehen von einer nicht übersehbaren Inkonsistenz im sowjetischen Vorschlag.

1. An erster Stelle ist die Vorstellung einer Demokratisierung des politischen Systems zu nennen, denn ohne solche ist eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems nicht denkbar. Die Errichtung eines marktorientierten Wirtschaftssystems auf dem Boden eines stalinistischen Planungssystems ist so kompliziert und erfordert so viele, widersprüchliche und kurzfristig unpopuläre Maßnahmen, daß nur eine breite und öffentliche Diskussion zu einer optimalen Transformation führen kann. Auch die erforderlichen Führungskader, sowohl in der Betriebssphäre als auch in wirtschaftspolitischen Zentralorganen, müssen größtenteils ausgewechselt werden, um fähige, neu denkende Menschen in die Schaltstellen zu bringen.

Offene und kritische Diskussionen sind jedoch nur denkbar bei Beseitigung der Zensur und Schaffung einer kritikfreundlichen Atmosphäre in allen öffentlichen Medien. Dies wurde in der ČSSR in beschränktem Ausmaß schon vor dem Prager Frühling und dann voll während des Frühlings erreicht. Auch in der UdSSR ist die Entfaltung von „Glasnost“ und freier Kritik von Gorbatschow als erste Maßnahme im Zuge einer Demokratisierung des Systems durchgesetzt worden. Es ist der entscheidende Weg zur Überwindung alter, eingewurzelter Dogmen.

Um dann wirklich die fähigsten Fachleute in alle führenden Positionen zu bringen, müssen die Kaderkriterien der monopolistischen Parteibükratie überwunden werden. Die alte Praxis, in welcher nur der kommunistische Parteiapparat führende Kaderleute für alle Institutionen ausgesucht hat und diese auch absetzen konnte, hatte zur Folge, daß nur solche Leute zum Zuge kamen, die den Machtzielen der Parteifunktionäre voll entsprachen. Dies geschah überwiegend auf

Kosten einer fachlichen Qualifikation sowie des moralischen Profils der Kaderleute.

In der ČSSR der sechziger Jahre haben die Reformer bereits erkannt, daß nur ein Mehrparteiensystem, auf der Basis einer sozialistischen Verfassung, die monopolistische Stellung der kommunistischen Partei mit ihren negativen Folgen überwinden kann. Allerdings gab es in dieser Frage auch unter den Reformern noch unterschiedliche Standpunkte. In der UdSSR haben sich die Reformer bisher nicht dazu durchgerungen, die Vereinbarkeit eines sozialistischen Systems mit einer pluralistischen Demokratie zu vertreten.

Jedoch haben die erst vor kurzem durchgesetzten Änderungen in der Tätigkeit der kommunistischen Partei, Verfassungsänderungen und Änderungen des politischen Wahlsystems große Fortschritte in der Demokratisierung bei einschneidender Begrenzung der operativen Parteitätigkeit gebracht. Es waren wichtige demokratisierende Schritte, auch wenn sie noch nicht die erforderlichen Vorteile eines pluralistischen Systems absichern konnten.

2. Zweitens ging es in der ČSSR um die grundlegende Veränderung der Planung, und zwar um den Abgang von verbindlichen Produktions- und Investitionsaufgaben für die Betriebe, bei gleichzeitigem Übergang zur Aufstellung von Rahmenplänen, die man als Orientierungspläne bezeichnete. Es handelte sich eigentlich um so etwas wie Indikativpläne, in welchen das Wachstum der Produktion, der globalen Investitionen, der privaten und öffentlichen Konsumtion, des Außenhandels und ähnlicher Aggregate als Ziele fixiert werden sollten. Ihre Realisierung sollte mit Hilfe wirtschaftspolitischer Instrumente, sogenannter ökonomischer Normative, sowie einer entsprechenden Fiskal-, Geld-, Einkommens-, Preis-, Kredit- und Währungspolitik erreicht werden. Solange es noch größere Engpässe in der Produktion gegeben hätte, wären auch noch staatliche Aufträge für die Lieferung wichtiger Produkte nötig gewesen, die für die Betriebe verbindlich sein sollten. Mit der Zeit sollten allerdings die Preise für diese verbindlichen Lieferungen so fixiert werden, daß die Betriebe von selbst Interesse an ihrer Produktion gehabt hätten und die Verbindlichkeit überflüssig geworden wäre.

In der UdSSR wird heute eine im Grunde gleiche Änderung der Planung angestrebt, wie dies aus dem Gesetz über die Staatsbetriebe, Kap. III, Artikel 10, ersichtlich ist. Allerdings hat statt der zentralen dirigistischen Produktionslenkung noch kein Marktdruck auf die Betriebe zu wirken begonnen, und daher kehren die Ministerien – bei zahlreich entstehenden Engpässen – immer wieder zu alten administrativen Reglementierungen der Betriebe zurück. Damit wird jedoch kein eigenes Interesse der Betriebe an der Befriedigung der Marktnachfrage hervorgerufen.

3. Drittens ging es einst in der ČSSR um die ökonomische Verselbstständigung der Betriebe in dem Sinne, daß sie ihre gesamte produktive

Tätigkeit aus ihren Markteinkommen finanzieren müßten und allein die Verantwortung für ihre Wirtschaftsergebnisse sowie für die Benützung ihrer Produktionsfonds zu tragen hätten. Auch die Verteilung von Produktionsgütern sollte sich in einen normalen Verkauf und Einkauf dieser Güter im Handel verwandeln.

Die gleiche Bestimmung finden wir auch im sowjetischen Betriebsgesetz. Gleichzeitig wird da jedoch gesagt, daß es eine Zeitlang Betriebe geben wird, die Dotationen des Staates brauchen werden. Diese sollen aber von Jahr zu Jahr abgebaut werden. Das Ziel ist eine Produktion ohne Verluste bzw. mit Stilllegungen weiterhin verlustreicher Betriebe.

4. Viertens ging es in der ČSSR um den allmählichen Übergang zu wettbewerbsbedingten Marktpreisen bei anfänglicher Beibehaltung einer Gruppe zentral fixierter Preise. Diese sollten aber nur so lange aufrechterhalten werden, solange die betreffende Produktion nicht unter genügendem Wettbewerbsdruck stand und der große Nachfrageüberschuß nicht abgebaut werden konnte. Sobald als der Wettbewerb sich in einzelnen Branchen verstärkt hätte und Engpässe hatten beseitigt werden können, sollten die betreffenden Preise freigegeben werden.

In diesem Bereich der Preisproblematik zeigen sich bisher im sowjetischen Gesetz die größten Inkonssequenzen und Ungereimtheiten. Der Großteil aller Preise soll hier weiterhin durch ein zentrales Preisorgan bestimmt werden, und nur ein kleiner Teil von Preisen soll sogenannte Vertragspreise (zwischen Lieferanten und Abnehmern ausgehandelt) darstellen.

Bei der riesigen Menge existierender Güterarten, und daher auch konkreter Preise, kann kein zentrales, bürokratisches Preisorgan die Preise so flexibel bewegen, damit sie beständig ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage am Markt absichern. Hier bleibt eigentlich der gefährlichste Rückstand des alten bürokratischen Systems bestehen.

Wenn die Betriebskollektive an der Einkommensentwicklung ihrer Betriebe interessiert sind (und das ist nötig, wenn sie an einer höchst effektiven Produktion interessiert sein sollen), dann werden sie immer die Produktion solcher Güter präferieren, durch deren Preise sie die höchste Einkommenssteigerung erzielen.

In einem Marktsystem erzielen jene Güter die relativ höchsten Preise, bei welchen die Nachfrage gegenüber dem Angebot schneller wächst (soweit starke Monopolisten die Preise nicht verzerren können). Es ist daher richtig, wenn die Betriebe die Produktion solcher preislich attraktiver Güter steigern.

Bei zentral administrativ fixierten Preisen gibt es jedoch immer verzerrte Preise, so daß es relativ höhere Preise auch bei Gütern gibt, die nicht stärker gefragt, ja sogar überschüssig sind. Dagegen sind bei vielen Gütern die Preise relativ zu niedrig, obwohl diese Güter stark nachgefragt werden.

Bei der Menge von Preisen und der beständigen Änderung von

Nachfrage-Angebotsverhältnissen kann ein zentrales Preisorgan unmöglich die Preise diesen Verhältnissen schnell und richtig anpassen. Das bedeutet aber, daß die Betriebe weiterhin ihre Produktionsstruktur und -proportionen falsch und in Widerspruch zu den Nachfrageverhältnissen bestimmen werden. Solange sich die Parteiführungen in der UdSSR Illusionen über die Möglichkeiten eines zentralen Preisorganes machen wird, so lange wird sich die Produktion in diesen Ländern nicht flexibel gemäß der Nachfragestruktur entwickeln, und es werden riesige Mengen unnötiger Güter produziert werden, bei Existenz ebenso großer Versorgungslücken.

5. Fünftens ging es in der ČSSR um die Schaffung eines Wettbewerbsdruckes, was mit der vorangehenden Problematik der Preise eng zusammenhängt.

Nur bei wirklichem Wettbewerbsdruck auf alle Betriebe, die um Marktanteile, und also um die Gunst der Käufer, kämpfen müssen, werden sie wirklich an optimalen Innovationen, flexiblen Angebotsanpassungen und Effektivitätssteigerungen interessiert sein. Das Betriebsgesetz der sechziger Jahre hat der Schaffung von solchen organisationellen Formen, bei welchen für alle Betriebe ein Konkurrenzdruck entstanden wäre, eine große Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei war es natürlich nicht möglich, für jede Branche eine heimische Konkurrenz zu schaffen. Die großen Unternehmen, die auf dem Binnenmarkt nicht genügend Konkurrenz haben, hätten exportieren müssen, um ihre Einkommen zum Teil auch auf westlichen Märkten unter Konkurrenzdruck zu erzielen.

Wie weit die Bedeutung der Wettbewerbsschaffung in das Bewußtsein der sowjetischen Reformer eingedrungen ist, ist zur Zeit nicht klar ersichtlich. In dem Betriebsgesetz ist davon nichts zu merken. Von einer Auflösung der administrativ geschaffenen monopolistischen Organisationsstruktur (eine Branche – ein Verwaltungsorgan) ist bisher nichts zu hören. Deshalb muß dies als weitere Inkonsequenz der Reform bezeichnet werden.

6. Ein sechstes Reformproblem stellt die Änderung der Lohnbestimmung in den Betrieben dar. Die Löhne sind der wichtigste Bestandteil des neugeschaffenen Wertes in den Betrieben. Sie haben entscheidenden Einfluß auf die Ausrichtung der Berufsauswahl und auf die Arbeitsentwicklung der Werktätigen.

Im alten dirigistischen System wurden die Berufsgruppierungen und die Lohntarife sowie das Wachstumstempo der Löhne mit Hilfe zentraler Bestimmungen und Pläne reguliert. In der ČSSR war ein Plannormativ bereits seit der ersten Reorganisation im Jahre 1958 eingeführt worden. Damit wurde das Lohnwachstum in jeweils geplanten Verhältnissen an das Wachstum der Arbeitsproduktivität gebunden. Da aber die Arbeitsproduktivität mit Hilfe des Bruttoproduktes pro Arbeitskraft gemessen wurde, führte diese Motivierung zu unsinniger Präferenzierung materialintensiver Produktion in den Betrieben.

Anfangs der achtziger Jahre wurde dieser Normativ in dem Sinne geändert, daß die Arbeitsproduktivität mit Hilfe des *Nettoproduktes* (Abzug der Materialkosten und Abschreibungen vom Bruttoproduct) gemessen werden sollte. Dies eliminierte zwar das Interesse an der Materialvergeudung, stärkte jedoch das Interesse der Betriebe an den gewinnträchtigeren Produkten, was bei den administrativen Preisen – wie schon gesagt – wieder zu nichtbedarfsorientierter Produktion führte.

Die Reform der sechziger Jahre wollte die Lohnentwicklung in den Betrieben durch eine indirekte Regulierung sogenannter Lohnfonds, mit Hilfe zweckgebundener Abgaben der Betriebe an den Staat, erzielen. Die Abgaben sollten so bestimmt sein, daß die den Betrieben übrigbleibenden Mittel nach bestimmten Schlüsseln auf unterschiedliche Fonds (Investitionsfonds, Reservefonds, Lohnfonds, Kultur- und Sozialfonds etc.) aufgeteilt worden wären. Die Lohntarife sollten jedoch beibehalten bleiben und wären aus den Lohnfonds bezahlt worden. Neben den Löhnen sollte es wachsende Anteile aus den Gewinnen der Betriebe, für die Mitarbeiter, zusätzlich zu den Löhnen geben.

In der UdSSR wird mit der Bindung der Lohnfonds an das *Nettoprodukt* der Betriebe, mit Hilfe planmäßiger Normative, gerechnet. Diese Art der Lohnregulierung birgt jedoch bestimmte Gefahren in sich, da sie die Entwicklung der Löhne von *Nettoprodukten* abhängig macht, die durch administrierte Preise berechnet werden. Wie schon bei den Preisen aufgezeigt, muß dies zu Produktionspräferenzen führen, die zu oft in Widerspruch zu den Nachfragestrukturen kommen.

7. Als letztes Reformproblem soll die Einführung von Selbstverwaltungen in den Betrieben aufgezeigt werden. Selbstverwaltungen, d. h. die Wahl von Verwaltungsräten durch die Mitarbeiter eines Betriebes, welche die langfristige Tätigkeit des Managements kontrollieren, die Manager auswählen und wenn nötig auch absetzen können, ist eine der Grundvoraussetzungen für die wirkliche Verselbständigung der Betriebskollektive und ihrer Entscheidungen. Solange die Direktoren von den übergeordneter Ministerien bzw. aus dem Hintergrund von dem Parteiapparat bestimmt wurden, waren sie auch von diesem abhängig und konnten keine grundlegenden ökonomischen Entscheidungen selbst fällen. Der Parteiapparat konnte dann die für die Produktionseffektivität nötigen Tätigkeiten überhaupt nicht beurteilen und verfolgte nur machtmäßige Interessen in den Betrieben. Bei der Auswahl von Direktoren gab er auch immer parteihörigen Menschen den Vorrang vor wirklichen Fachleuten.

Die Durchsetzung von „Räten der Werktätigen“ während des „Prager Frühlings“, die voll von den Betriebskollektiven gewählt werden sollten, war daher auch einer der wichtigsten Siege der Reformer gegen die Parteibürokratie, der es vor allem darum ging, ihre Entstehung zu verhindern oder sich wenigstens entscheidenden Einfluß auf ihre Zusammensetzung zu sichern.

Voraussetzung einer wirklichen Unabhängigkeit solcher Selbstver-

waltungsräte ist die demokratische Vorbereitung ihrer Wahl. Solange die Kandidatenlisten für die Wahl aus dem Hintergrund von einem monopolistischen Parteiapparat manipuliert werden können (wie z. B. in Jugoslawien), werden die Selbstverwaltungsräte nicht wirklich selbstständig sein. In der ČSSR strebten wir einst auch eine pluralistische Demokratisierung des politischen Systems an. Damit wäre auch eine wirkliche Demokratisierung der Wahlen von Selbstverwaltungsräten abgesichert worden.

In dem Beschluß über die Bildung von Selbstverwaltungsräten in der UdSSR wird nichts über die Absicherung des demokratischen Verlaufes solcher Wahlen gesagt. Im Gegenteil, die ständige Betonung der „führenden Rolle der Partei“ wird auch weiterhin so verstanden, daß sich die Partei die Kontrolle über die gewählten Betriebsorgane und über die Wahlen von Managern erhalten will. Eben darin besteht die Gefahr, daß es weiterhin nicht die Interessen der Betriebskollektive, sondern die Machtinteressen des Parteiapparates sein werden, welche die Betriebsleitungen und ihre Tätigkeit bestimmen werden.

Aber die Selbstverwaltungsorgane, auch wenn sie wirklich selbstständig sein sollten, werden nur dann fachlich und unternehmerisch fähigste Männer zu Direktoren auswählen, wenn die Betriebe unter richtigem Marktdruck stehen. Nur dann, wenn zurückbleibende bzw. schlecht geführte Betriebe an Einkommen verlieren und die Mitarbeiter dies zu spüren bekommen – eventuell bis hin zur Schließung solcher Betriebe – wird auch das Interesse bei den Kollektiven bzw. ihren Verwaltungsorganen an der Auswahl der besten Manager entstehen. Solange jedoch zurückbleibende Betriebe immer wieder subventioniert und nicht fallengelassen werden, werden die Mitarbeiter geneigt sein, eher populäre, wenig fordernde und schwache Männer an die Spitze zu bekommen.

Natürlich verlangt die ganze Wirtschaftsreform eine Änderung von viel mehr Prozessen und Institutionen als hier behandelt werden können. Bei fast allen ist eine große Ähnlichkeit zwischen den einstigen tschechoslowakischen Reformbestrebungen und der heutigen sowjetischen „Perestrojka“ zu verzeichnen. Hier sollte dies nur an den wichtigsten Prozessen aufgezeigt werden.

Chancen und Risiken der Perestrojka

Der Übergang zu einer Produktion, die wirklich marktausgerichtet wäre und sich optimal effektiv entwickeln, jedoch gleichzeitig eine kollektive Eigentumsbasis beibehalten würde, ist an und für sich ein äußerst schwieriger Prozeß. Die Hindernisse, die sich ihm in den Weg stellen, sind zahlreich, jedoch nicht unüberwindbar. Die größten Schwierigkeiten sind sozial-politischer Natur.

Soll ein Marktmechanismus wirklich zu wirken beginnen, müssen während einer nicht allzu langen Periode echte Marktpreise entstehen, welche die Produktion und das Angebot beständig und flexibel in

Richtung der Marktnachfrage lenken würden. Der Übergang zu Marktpreisen kann jedoch schwerlich ohne zahlreiche Preissteigerungen vor sich gehen, denn dies wird durch die Abschaffung der großen Menge bisher subventionierter Preise erzwungen. Die Preissteigerungen können jedoch nicht durch proportionale Lohnsteigerungen ausgeglichen werden, denn da würden wieder Kostensteigerungen entstehen, die erneut zu Verlustpreisen führen müssen, usw. Auf diese Weise ergäbe sich ein Inflationsreigen, der heute in allen sozialistischen Reformländern, am stärksten in Jugoslawien, zu sehen ist.

Solchen Preissteigerungen könnte man nur mit einem sehr schnellen Wachstum der Arbeitsproduktivität vorbeugen. Dies ist jedoch ohne einen starken und realen Marktdruck, Strukturwandlungen und wesentlichen technischen Fortschritt nicht erreichbar. Und das alles verlangt wieder vorausgehend die richtig orientierenden und motivierenden Marktpreise sowie einen funktionierenden Wettbewerb. So kommt man nicht umhin, mit Preissteigerungen und Wettbewerbs-schaffung zu beginnen. Je länger dies vor sich hergeschoben wird, aus Angst vor starken Protesten der Bevölkerung sowie politischer Demagogie der alten Dogmatiker und Bürokraten, umso länger wird es dauern, bevor der Marktmechanismus zu wirken beginnt. Und umso größer werden auch die Engpässe und Versorgungslücken sein, denn der alte Dirigismus wirkt nicht mehr und der neue Marktdruck noch nicht genügend.

Es sind aber nicht nur Preissteigerungen, sondern auch andere Prozesse, größere Leistungsanforderungen, unausweichliche Schließungen verschiedener unrentabler Betriebe, damit entstehende Arbeitsplatzverluste, Umschulungen, Umsiedlungen, Auswechslungen leitender Kaderleute usw. usw., die unpopulär sind und starke Unzufriedenheit der Massen hervorrufen müssen. Dazu kommen noch schnell anwachsender Schwarzmarkt, Unterschlagungen und Spekulantentätigkeit, durch welche Versorgungslücken und Schieberprofite zielbewußt vergrößert werden. Schließlich können auch solche Probleme, wie vor allem das Nationalitätenproblem, nicht unerwähnt bleiben, denn sie erschweren noch ungemein die Realisierung der ökonomischen Transformationsprozesse.

Die Politiker in den reformbereiten Ländern, und in einem gewissen Ausmaß auch Gorbatschow, übersehen meist, daß der Weg von Reformen der wirtschaftlichen Institutionen und Grundmechanismen zu positiven Wirtschaftsresultaten viele Zwischenstufen bzw. zwischenge-lagerte Prozesse zu durchlaufen hat. Diese Prozesse sind sehr vielschichtig, doch die wichtigsten sind vor allem Bildungs- und Erziehungsprozesse bzw. Prozesse von Erfahrungssammlung aus Unternehmertätigkeit.

Da in der UdSSR eine vorrevolutionäre kapitalistische Wirtschaftsentwicklung nur in sehr beschränktem Maße stattgefunden hat und die Zeit kleiner bzw. mittelständischer privater Unternehmertätigkeit heute schon 50 bis 60 Jahre zurückliegt, gibt es im Grunde überhaupt keine lebenden Erfahrungen mehr aus einer marktwirtschaftlichen

Tätigkeit. Auch wenn heute Gorbatschow versucht, private bzw. realgenossenschaftliche Markttätigkeit zu ermöglichen bzw. zu unterstützen, Verpachtungen des Bodens an selbständig produzierende Bauern anzuspornen u. ä., so geht diese Entwicklung nur sehr beschränkt, langsam und zögernd voran. Es gibt im eigentlichen Rußland einfach keine Bauern mehr, sondern über mehrere Generationen hin, nur mehr Angestellte von staatlichen bzw. administrierten Sowchozen und Kolchosen. Es fehlen nicht nur Erfahrungen aus selbständiger Unternehmertätigkeit, sondern auch materielle Voraussetzungen, wie sie heute für die Arbeit westlicher Bauern gang und gäbe sind.

In dieser Hinsicht waren eben vor 20 Jahren in der ČSSR die Voraussetzungen viel günstiger. Sie sind auch günstiger in Ungarn und ebenfalls in China. In der UdSSR finden Bestrebungen für die Belebung kleiner privater Tätigkeit am meisten Anklang in den baltischen Republiken, wo auch die sowjetische Bürokratisierung noch nicht so lange gedauert hat und die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung vor der sowjetischen Einnahme wesentlich weiterentwickelt als im ehemaligen Rußland war.

Um also in der UdSSR die nötigen Kaderleute für ein neues Wirtschaftsmanagement zu erziehen, um den Erfindungs- und Innovationsgeist in zu entstehenden Marktbetrieben voranzutreiben, um die Menschen an die Übernahme von Unternehmungsrisiken zu gewöhnen, um die ganze Infrastruktur, Zubringerdienste, Werbemöglichkeiten etc. für selbständige Markttätigkeiten zu entwickeln, wird man nicht nur Jahre, sondern Jahrzehnte brauchen. Denn das alles will nicht nur initiiert und organisiert werden, sondern es braucht auch, statt der heute sabotierenden bürokratischen, wirklich helfende und unterstützende Verwaltungsinstitutionen.

Aber Gorbatschow muß dem Volk viel früher auch materielle Besserungen bringen. Er kann nicht Vertrauen auf Jahre hinaus, nur aufgrund von Versprechungen gewinnen. Mehr Konsumgüter in relativ kurzer Zeit kann er dem Volk nur auf dreierlei Weise geben:

1. Mit wesentlichen Einsparungen der militärischen Ausgaben.
2. Mit Hilfe von Joint-ventures und Kapitalzufluß aus dem Westen.
3. Mit westlichen Krediten und daraus fließendem schnellerem Aufbau der Konsumgüterindustrie mit westlicher Hilfe.

Alle drei Arten verfolgt Gorbatschows Politik vorrangig, und es ist zu hoffen, daß der Westen darin nicht nur eine Chance für eigene Markt- und Produktionserweiterungen sieht, sondern auch ihre politische Bedeutung für eine Friedenssicherung in der Welt begreift. Die Sowjets versuchen weitgehende Erleichterungen für die Entwicklung von Joint-ventures einzuräumen – Betriebe auch mit westlicher Kapitalmehrheit, mit westlichem Management, bei Steuererleichterungen, Gewinn- und Kapitalretransfargarantien, Abschaffung von Zollbarrieren u. ä., werden zugelassen. Bei genügendem westlichen Interesse wäre dies eine wichtige Möglichkeit, um der Gorbatschowschen Reformentwicklung nicht nur mit schnellerem Industriebau, sondern auch mit Lehrbei-

spielen neuer Produktionsorganisation und Managementmethoden Unterstützung zu leisten.

Die Risiken der Gorbatschowschen Reformen sind also nicht eben klein. Man darf auch nicht vergessen, daß im sowjetischen Hintergrund eine sehr starke bürokratische Gegnerschaft lauert, die versuchen wird, jeden Mißerfolg und jeden anwachsenden Unmut der Bevölkerung nicht nur auszunützen, sondern diese zu provozieren und zu schüren.

Aber die Chancen eines langfristigen Erfolges scheinen die besseren zu sein, da es eigentlich keine andere Möglichkeit gibt, die Effizienz des sowjetischen Wirtschaftssystems zu steigern. Diese ist Voraussetzung eines Wachstums des Lebensstandards des Volkes, dessen Mehrheit begriffen hat, wie ungemein dieser hinter dem Lebensstandard westlicher Völker zurückgeblieben ist. Auch die Öffnung in Richtung Westen und die Aussichten einer Friedensstärkung, zusammen mit Glasnost und realen Demokratisierungsschritten im Inneren, bringen Gorbatschow anwachsende Unterstützung vom Volk. Propagandaphrasen der Dogmatiker von den Vorteilen des Sozialismus für die Arbeiter ziehen nicht mehr. Die bürokratischen Reformgegner haben überhaupt keine realistische Alternative zu Gorbatschows Perestrojka anzubieten. Und eben darin besteht, trotz aller großen Hindernisse, die stärkste Chance der Perestrojka auf langfristigen Erfolg.